

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

137 (17.6.1914) Erstes Blatt

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postcheckkonto Nr. 2850. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserta billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Das Lebensalter der Industriearbeiter.

Die preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten haben Erhebungen über das Alter der im Jahre 1912 beschäftigten männlichen Arbeiter in den wichtigsten Gewerbebezirken ihres Bezirks angestellt. Das Ergebnis dieser Erhebungen ist vom Reichsstatistischen Amt bearbeitet und im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht worden. Durch diese Veröffentlichungen wird amtlich bestätigt, was in der Arbeiterpresse schon vielfach nachgewiesen worden ist: daß der Arbeiter in den besten Jahren seines Lebens vom Kapitalismus zum alten Eijen genotwet wird.

Die hier aufgemachte Statistik ist leider sehr mangelhaft, da bei der Aufnahme nicht einheitlich vorgegangen worden ist. So blieb es jedem Gewerbeaufsichtsbeamten überlassen, die Altersgliederung der Arbeiter der im Bezirk wichtigsten Industriezweige in der ihm geeignet erscheinenden Weise zu ermitteln. Auch wurden die Erhebungen meist bei Gelegenheit von Revisionen angestellt. Gewerbebezirke mit einer Arbeiterzahl bis zu zehn und auch bis zu zwanzig wurden fortgelassen, ebenso wurden Campagne-Betriebe unberücksichtigt gelassen, obgleich solche, wie die Zuckerfabriken und Ziegeleien, eine große Zahl Arbeiter beschäftigen.

Um nun einen Ueberblick über das von den Gewerbeaufsichtsbeamten beigebrachte Zahlenmaterial zu gewinnen, wurden unter Ausschluß der Gewerbebezirke mit zu kleinen Zahlen die brauchbaren Angaben über fünfzehn Gewerbebezirke zusammengefaßt, die folgendes Bild über die Altersgliederung der Arbeiter gaben:

Gewerbebezirke	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter insgesamt	Von je hundert Arbeitern hatten ein Lebensalter					
			bis 20 Jahre	21-30 Jahre	31-40 Jahre	41-50 Jahre	51-60 Jahre	über 60 Jahre
Textilindustrie	1.105	74.569	22,6	21,0	21,1	18,4	11,7	5,02
Leberindustrie								
Brauerei	62	6.804	18,6	25,9	24,5	20,9	11,7	4,0
Bierbrauerei	1.462	42.882	18,1	25,7	27,0	18,7	10,9	4,6
Steinbrüche	845	25.688	14,5	26,4	28,2	18,4	9,4	3,1
Chemische Industrie	207	52.078	11,8	29,1	28,0	19,0	9,0	3,1
Zigarettenfabriken	528	10.976	22,7	28,5	25,4	12,7	7,6	3,1
Porzellan- und Tonwaren	23	5.922	23,4	19,2	25,9	21,1	8,1	2,3
Bertzen	30	39.517	17,2	32,5	26,6	13,8	7,0	2,9
Kleinteisen- u. Metallindustrie	484	49.997	23,8	29,8	23,4	18,8	7,0	2,7
Glasindustrie	113	16.773	29,9	26,9	20,9	12,9	7,2	2,2
Buchdruckereien	510	16.542	23,9	29,1	24,0	14,1	6,7	2,2
Zinn-, Blei-, Kupferhütten	40	13.860	14,8	31,3	27,4	17,9	7,4	1,2
Sengelerbeten	68	11.211	24,6	26,5	24,8	16,1	6,5	1,5
Maschinenindustrie	1.046	127.631	22,2	32,2	25,1	12,5	6,1	1,2
Großeisenindustrie	630	217.831	19,7	34,0	24,6	13,8	6,3	1,6

Zum Vergleich sei hier der Reichsdurchschnitt des Lebensalters der Arbeiter in den Jahren 1895 und 1907 beigefügt:

Im Jahre 1895	4.951.880	26,9	30,8	20,4	12,2	6,7	3,0
1907	7.300.535	23,8	30,9	22,3	13,4	6,7	2,9

Die Gewerbeaufsichtsbeamten enthalten sich jeder Kritik der Ergebnisse ihrer Erhebungen und betonen vielfach, ihre Zahlen lassen keinen Schluß zu. Im allgemeinen lassen die Zahlen jedoch den Schluß zu, daß die Arbeiter in ihren besten Jahren für den Kapitalismus unbrauchbar werden.

Die Frage nach dem Verbleib der ausscheidenden älteren Arbeiter wird vom Reichsstatistischen Amt wie folgt beantwortet:

Frage: Würde ein Teil der älteren Arbeiter, z. B. im Buchdruckergewerbe, in der Kleinteisen- und Metallindustrie sich selbstständig machen, andere werden ins Landsgewerbe übertreten oder in Werkführer- und Meisterstellen aufsteigen, wieder andere aus den Großbetrieben in das Kleingewerbe zurückwandern. Ein nicht geringer Teil der älteren Arbeiter dürfte auch, worauf der Beamte für den Bezirk Düsseldorf hinweist, durch Fleiß und Sparsamkeit zu einem gewissen Wohlstand gelangen, der es ihm ermöglicht, seine alten Tage in Ruhe zu verleben, ohne zu weiterer Arbeit gezwungen zu sein. Auch in Staats- und Gemeindebetrieben, die einen ganz anderen Aufbau als die privaten Betriebe aufweisen, dürften ältere Arbeiter nicht selten übergehen. Ein Teil findet ferner in anderen Berufen, als Wirte, Grüntraum- oder Kolonialwarenhändler usw. ein selbständiges Weiterkommen; andere, die das pensionsrentenfähige Alter erreicht haben, beziehen Renten aus Werkspenfonen oder aus der gesetzlichen Altersversicherung und leben bei ihren erwerbstätigen Kindern. In welchem Umfange der eine oder andere Weg beschritten wird, läßt sich aber zahlenmäßig nicht feststellen.

Die Gründe, die hier angeführt werden, dürften nur für einen verhältnismäßig kleinen Teil der in ihren besten Jahren entlassenen Arbeiter zutreffen. Unzählige dieser Arbeiter müssen nach ihrer Entlassung sozusagen

von der Sand in den Mund leben, müssen heute hier und morgen dort Arbeit suchen und annehmen, um ihren Lebensunterhalt fristen zu können. Viele kommen dabei auf die schiefte Ebene und erregen so das Mißfallen gut gefinnter Gesellschaftskreise; andere wieder verfallen der Armenfürsorge. Hier von aber weiß das Statistische Amt nichts zu berichten.

Die Grobeisenindustrie, in der der Kapitalismus am raffiniertesten zum Ausdruck kommt, steht bei der Giebung der Arbeiter nach Altersstufen am ungünstigsten da und bewegt sich ganz erheblich unter dem Reichsdurchschnitt. Offen bekennet hierüber der Düsseldorfer Beamte: „Die Betriebsleiter sind wenig geneigt, ältere Arbeiter einzustellen, so daß als Einstellungsgrenze des Grobeisenarbeiters im allgemeinen das 40. Lebensjahr gelten kann.“ Das ist das Los des Grobeisenarbeiters und auch der Arbeiter vieler anderer Industriezweige.

Bei dieser Gelegenheit dürfte auch das Alter der ausländischen Arbeiter interessieren. Bei einer statistischen Aufnahme im Jahre 1907 wurden über eine Million im Ausland geborene Arbeiter in Deutschland beschäftigt; davon eine halbe Million in Industrie und Handel. Die Deutsche Arbeiterzentrale hat im Jahre 1913 über 10.000 Legitimationskarten für ausländische Industriearbeiter ausgestellt. Von diesen Arbeitern hatten 7 Prozent ein Lebensalter von 20-29 Jahren, 8,9 Prozent 30-39, 11,3 Prozent 40-49, 20,6 Prozent 50-59, 52,2 Prozent 60 und mehr Jahre. — Wo bei den Ausländern nicht der Kapitalismus nicht so genau auf das Alter, offenbar weil die ausländischen Arbeiter zumeist willige und billige Sklavensklaven sind.

Der deutsche Arbeiter wird, wie amtlich zugeben wird, zum großen Teil bereits im 30. Lebensjahre von den Kapitalisten auf die Straße geworfen; in manchen Industriezweigen geht das Durchschnittsalter der gesamten Arbeiter nicht über 25 hinaus. So ist das Durchschnittsalter der deutschen Werftarbeiter nach dem amtlichen Ausweis nur 32,2 Jahre. Selbst wenn die vorliegenden amtlichen Zahlen wenig oder keinen Schluß zulassen, wie ihre Urheber andeuten, so sagen sie doch klar und klar, daß die Hälfte aller Industriearbeiter in Deutschland sich im Alter bis zu 30 Jahren befindet, und daß der weitere vierte Teil dieser Arbeiter ein Alter von höchstens 40 Jahren erreicht, dann müssen sie gehen oder werden unfreiwillig aus den Betrieben entfernt. Das ist die Illustration zu dem geflügelten Wort, die Arbeiter können Arbeit erhalten, wenn sie nur Arbeit wollen, und daß für sie gesorgt ist bis ins höchste Alter.

Der Kapitalismus ist rücksichtslos; er kümmert sich nicht um die von ihm wie altes Eisen ausrangierten Arbeiter. Rücksichtslos werden die Arbeiter auf die Straße gesetzt, wenn jüngere und möglichst billigere Kräfte vorhanden sind. Wehe dem, der dieses kapitalistische System kritisiert; er wird als Umstürzler verfolgt, denn an diesen Zuständen darf nicht gerüttelt werden. Die Scharfmacher machen daher alle Anstrengungen, um die denkende Arbeiterschaft rechtlos zu machen. Aufgabe der Arbeiterchaft ist es aber, einem solchen System ein Ende zu bereiten. Die Parole aller Arbeiter muß angefaßt der vorstehenden Zahlen sein: Nieder mit dem Kapitalismus!

Staatsaktion gegen den Genossen Liebknecht.

Am Montag mittag trat die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses zu einer besonderen, auf telegraphischem Wege einberufenen Sitzung zusammen. Der einzige Gegenstand ihrer Verhandlungen war der am Samstag vom Plenum des Hauses der Geschäftsordnungskommission überwiesene Antrag Braun und Genossen, das gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht schwebende ehrengerichtliche Verfahren für die Dauer der Session einzustellen. Es handelt sich bekanntlich immer noch um jene Rede, die Gen. Liebknecht am 23. September 1910 auf dem Magdeburger Parteitag gehalten hat und in der ein Berufscollege Liebknechts den Tatbestand einer Ehrenbeleidigung entwarf. Dieser Berufscollege, der Rechtsanwalt Schwabe-Berlin, hatte sich damals in einer Denunziation an den preussischen Justizminister gewandt, um diesen zum ehrengerichtlichen oder strafrechtlichen Einschreiten gegen Liebknecht zu veranlassen. Die strafrechtliche Verfolgung unseres Genossen erwies sich, nachdem eine ganze Reihe juristischer Korpsphären um ihre Meinung befragt worden waren, als völlig aussichtslos. Nunmehr wurde das ehrengerichtliche Verfahren eingeleitet, jedoch lehnte die Berliner Anwaltskammer ein Einschreiten gegen Liebknecht ab. Wegen dieser Ablehnung erhob der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht Beschwerde und das Kammergericht ordnete nun von sich aus die ehrengerichtliche Verfolgung Liebknechts an. In erster Instanz wurde Liebknecht zu einem Verweis verurteilt. Gegen dieses Urteil haben sowohl Ankläger wie Angeklagter Berufung eingelegt. In zweiter Instanz schwebt das Verfahren noch

Schon einmal, und zwar am 4. Mai 1911 hatte sich das Abgeordnetenhaus mit der Angelegenheit beschäftigt. Entgegen dem Antrage der damaligen Geschäftsordnungskommission hat es beschlossen, das Verfahren für die Dauer der Session einzustellen. Jetzt ist nun die Angelegenheit zum zweiten Male vor das Haus gelangt. — In der Debatte der Geschäftsordnungskommission vom Montag vertrat der Berichterstatter, ein freisinniger Abgeordneter, den Standpunkt, daß es sich um ein politisches Verfahren handle, und daß nach allen bisherigen Gepflogenheiten des Hauses nicht der mindeste Grund vorliege, Liebknecht, dessen Magdeburger Rede er im übrigen scharf verurteilte, der ehrengerichtlichen Verfolgung auszuliefern. Der Berichterstatter beantragte, dem Antrage Braun und Genossen stattzugeben und das Verfahren gegen Liebknecht für die Dauer der Session einzustellen. Entgegen diesem Antrage des Berichterstatters wandten sich die Vertreter sämtlicher übrigen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen; sowohl die Konserverativen wie die Freikonserverativen, das Zentrum wie die Nationalliberalen waren einmütig dafür, daß das Verfahren gegen Liebknecht seinen ungehörigen Fortgang nehmen solle. Besonders rabiat gebärdete sich der konservative Redner. Er erklärte, gerade die Persönlichkeit und Tätigkeit des Herrn Dr. Liebknecht müßten dem Abgeordnetenhaus einen ganz besonderen Anlaß geben, in diesem Falle von seiner bisherigen Praxis abzuweichen. Liebknecht betreibe die Schmähung von staatlichen Einrichtungen und die Beleidigungen hochachtbarer Persönlichkeiten geradezu gewerbmäßig. Während der Sommerpause des Abgeordnetenhauses könne das Verfahren vollständig erledigt werden, es sei also gar keine Rede davon, daß Liebknecht seiner parlamentarischen Tätigkeit entzogen werde.

Dieser „Beweisführung“ gegenüber betonte der freisinnige Berichterstatter, daß während des Sommers eine ganze Reihe von Kommissionen des Abgeordnetenhauses tagten, und daß es sehr leicht möglich sei, daß Liebknecht an den Arbeiten einer dieser Kommissionen sich beteilige. Es sei völlig unfaßlich, den Wahlkreis während der Vertagung des Abgeordnetenhauses ohne Vertretung zu lassen. Im übrigen sei es keineswegs sicher, daß das Verfahren bis zum Wiederzusammentritt des Hauses am 10. November erledigt sei, da in diese Zeit die langen Gerichtsferien fielen. Der Standpunkt des konservativen Redners, daß es völlig gleichgültig sei, ob ein Kapitalverbrechen oder ein politisches Vergehen vorliege, sei vollständig unhaltbar. Nach längerer Debatte ergab die Abstimmung die Ablehnung des Antrags des Berichterstatters mit allen gegen zwei Stimmen, die des Fortschrittlers und die des Polen. Mit diesem Beschluß hat die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses allem parlamentarischen Brauch ins Gesicht geschlagen und eines der wichtigsten parlamentarischen Rechte schändlich preisgegeben. Die Sonderfestung des Abgeordnetenhauses am Dienstag muß beweisen, ob das Plenum des Hauses sich zum Mitschuldigen an diesem schmachvollen Beschlusse seiner Kommission machen wird.

Eine andere der Geschäftsordnungskommission am Samstag überwiesene Angelegenheit Liebknechts kam nicht zur Verhandlung. In diesem Falle handelt es sich um einen am Samstag gelangten Antrag des Justizministers, die Zustimmung zu einem Verfahren gegen Liebknecht in der bekannten Ordensangelegenheit zu erteilen. Da die Geschäftsordnungskommission vor November schwerlich noch einmal zusammentreten wird, so ist von der Erteilung der Genehmigung des Hauses zu dieser Verfolgung Liebknechts bis auf weiteres nicht die Rede.

Deutsche Politik.

So etwas sagt man nicht.

Die Anbiederung der „Nationalliberalen Reichskorrespondenz“ an das Zentrum geht der offiziellen national-liberalen Partei denn doch ein bißchen zu weit. Sie ist ja gern bereit mit den Klerikalen zusammen „nationale“ Politik zu treiben, aber sie kann sich doch nicht dazu verstehen, wie es das Organ des Herrn Fuhrmann getan hat, die Schwarzen als Bundesgenossen deshalb willkommen zu heißen, weil sie die Sozialdemokratie mit Hilfe der Religion vernichten wollen. Ein „hervorragender Parlamentarier“ äußert sich darüber in der parteiamtlichen „Nationalliberalen Korrespondenz“. Er sagt u. a., daß durch das Vorgehen der Kurie gegen den Abg. Wader dem Zentrum auch der kleine Rest von Selbstständigkeit verloren gegangen sei, den es vielleicht noch besessen habe. Die wahre Bedeutung des Falles Wader bestehe darin, daß damit die Gefahr, die das Zentrum für den modernen Staat darstelle, in ganz ungemessener Weise gewachsen und verhärtet sei.

Wir müßten keine andere bürgerliche Partei, zu der wir in schärferem Gegensatz stehen, als zu dem Zentrum. Die fortwährenden Versuche dieser Partei die Staatsgewalt zugunsten der kirchlichen Gewalt einzunengen, wichtige Gebiete, die wir für den modernen Staat in Anspruch nehmen, ihm zu entreißen und der Herrschaft der Kirche zu unterwerfen, erfordert von uns

ferer Seite eine festgesetzte Abwehr und einen Kampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln.

Der „hervorragende Parlamentarier“ erinnert dann noch insbesondere daran, wie das Zentrum auf einem Mitaufsichtsrecht der Kirche über das gesamte Schulwesen bestehe, und meint, daß die Nationalliberalen in diesem Kampfe nur auf der Seite der Staatsautorität gefunden werden dürften. Nur schade, daß die Nationalliberalen seinerzeit beim preussischen Volksschulunterhaltungsgesetz das Zentrum in seinen Bestrebungen außerordentlich wirksam unterstützt haben. Seit der Zeit ist es mit unserem Vertrauen in den Antiklerikalismus der Partei von Bildung und Besitz vollkommen zu Ende und da wir ohnedies wissen und der hervorragende Parlamentarier der nationalliberalen Korrespondenz es überdies auch als selbstverständlich bezeichnet, daß das Zentrum „als monarchische und bürgerliche Partei“ für die Nationalliberalen unter allen Umständen als das kleinere Übel gegenüber der revolutionären Sozialdemokratie erscheint, ist die parteiantliche Verwahrung gegen die Liebesbetuerungen der nationalliberalen Reichskorrespondenz nicht allzu ernst zu nehmen. Im großen und ganzen steht die Partei auf dem Standpunkt, daß man so etwas zwar tut, aber nicht jagt.

Ein Feind der Freidenker.

Das Dresdener Schöffengericht verhandelte am Freitag die Privatklage des Reichstagsabg. Genossen Bogtherr gegen den Professor Guhr von der Kunstgewerbeschule in Dresden. Gen. Bogtherr hatte auf Einladung des Komitees „Konfessionslos“ für eine Versammlung in Dresden am 30. Oktober 1912 das Referat übernommen. Nach der Versammlung wurde er auf der Straße zu nächstlicher Stunde von dem Professor Guhr in der pöbelhaftesten Weise attackiert und als Galunke und Schurke bezeichnet, nachdem dieser bereits vor der Versammlung einen beleidigenden Brief an Bogtherr geschrieben hatte. In drei Briefen an das Komitee „Konfessionslos“, an den Reichstag und an den sozialdemokratischen Wahlverein in Stettin drückte sich Professor Guhr noch mit seiner Selbstentlastung und fügte den Beschimpfungen neue hinzu. Das alles geschah angeblich zu dem Zweck, den Genossen Bogtherr zu einer Duellforderung zu veranlassen. Die Briefe haben seinerzeit die Kunde durch die Parteipresse gemacht und die hieran geknüpften Betrachtungen, in denen Professor Guhr als ein offener geistig defekter Mann hingestellt wurde, führten obendrein noch zur Verurteilung einiger verantwortlicher Redakteure unserer Parteipresse. In ähnlicher Weise beschäftigte sich auch Genosse Bogtherr in einem „Ein Erlebnis“ überschriebenen Artikel in der „Geistesfreiheit“ vom 10. November 1912 mit Professor Guhr und dieser erhob deswegen Widerklage. Die Widerklage stützte sich auch auf einige angebliche Äußerungen Bogtherr's anlässlich der Inzultation nach der Dresdener Versammlung. Durch die Einbringung der Widerklage erreichte Professor Guhr die Sinauschiebung der Verhandlung bis nach Reichstagschluss, da der Reichstag die Strafverfolgung Bogtherr's nicht genehmigte. Jetzt endlich konnte die Sache zu einem vorläufigen Abschluss geführt werden. Die angeblichen Beleidigungen Guhr's durch Bogtherr sind von niemanden sonst gehört worden. Guhr forderte Straffreierklärung beider Teile. Das Gericht verurteilte Guhr aber zu 150 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Gerichtskosten, während die außergerichtlichen Kosten nicht erstattet werden. Auf die Widerklage Guhr's hin wurde Gen. Bogtherr wegen des Artikels zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ausland.

Frankreich.

Lehrervereinigung und Staatsgewalt in Frankreich. Die französischen Lehrer haben den Anschlüssen der reaktionären Ministerien Briand und Barthou gegen ihre Koalitionen- und Meinungsfreiheit einen tapferen Widerstand entgegengebracht. Ein Bild der Kämpfe, die sie dabei zu bestehen hatten, gibt ein

Die Götter dürsten.

Roman aus der französischen Revolution.
Von Anatole France.

41 (Nachdr. verb.) (Fortsetzung.)

Der Streit nahm kein Ende. Derweilen sah Gamelin im Geist auf den rauhen Wegen des Nordens die Prophezeien im Straßenschmutz festfahren, die Kanonen in den Wegegassen umgestürzt; er sah auf allen Straßen die geschlagenen Kolonnen aufgelöst zurückfluten, während die feindliche Kavallerie überall aus den verlassenen Defileen herdorbrach. Und er hörte es diesen verratenen Heeresmassen eine ungeheures Geschrei aufsteigen, das den General anlagte. Beim Schluss der Verhandlung war es im Saale dunkel geworden, und Marats Wüste schimmerte undeutlich wie ein Gespenst über dem Haupte des Präsidenten. Die Sprüche der Geschworenen gingen auseinander. Mit zugeschnürter Kehle und dumpfer Stimme, aber in entschlossenem Tone erklärte Gamelin den Angeklagten des Verrats an der Republik für schuldig, und das Beifallsmurmeln der Zuschauer umschmeichelte seine junge Jugend. Das Urteil wurde bei Kerzenchein verlesen, der bleich auf den hohlen Schläfen des Angeklagten zitterte, auf denen man Schweißperlen sah. Nach Verlassen des Saales, auf den Treppentritten, die mit kokardentragenden Mäntelchen besetzt waren, hörte Gamelin seinen Namen aussprechen, der den ständigen Besuchern der Sitzungen schon geläufig wurde, und ein paar Trikotisten drängten sich an ihn heran, erhoben drohend die Fäuste und forderten das Haupt der Desterreicherin.

Am nächsten Tage hatte Gamelin ein armes Weiß, die Witwe Meyron, eine Brotansträgerin, zu richten. Sie zog mit einem kleinen Handwagen durch die Straßen und trug an ihrem Gürtel ein Holzbrettchen, in das sie die Zahl der abgelieferten Brote einferbte. Damit verdiente sie sich acht Sous täglich. Der Vertreter der Anklage zeigte eine seltsamen Grimm auf diese Unglückliche, die anscheinend mehrmals gerufen hatte: „Es lebe der König.“ Auch hatte sie in den Häusern, in die sie täglich das Brot brachte, antirepublikanische Reden gehalten und sich an einer Ver-

schöpfung beteiligt, die das Einkommen der Witwe Capet zum Ziele hatte. Vom Richter verhört, gab sie die ihr zur Last gelegten Handlungen zu und trug aus Einsicht oder Fanatismus eine maßlose royalistische Gefinnung zur Schau, durch die sie sich selbst vernichtete.

Das Revolutionstribunal verhalf der Gleichheit zum Siege, indem es gegen Lastträger und Mägde ebenso streng vorgeht, wie gegen Aristokraten und Finanzleute. Gamelin faßte es nicht, daß es unter einer Volksherrschaft anders sein könnte. Er hätte es für eine Verachtung des Volkes, das für eine ihm angetane Schmach gehalten, wenn man es straflos ausgeben ließ. Das hätte ja ausgefallen, als wäre es der Strafe unwürdig. Die Guillotine als Vorrecht der Aristokraten wäre ihm als ungerichtetes Privileg erschienen. Gamelin begann sich von der Strafe eine religiös-mythische Vorstellung zu bilden, ihr Augen und besondere Verdienste zuzuschreiben. Er meinte, man schulde den Verbrechern ihre Strafe und täte ihnen unrecht, wenn man sie ihnen vorenthielte.

Er erklärte die Witwe Meyron für schuldig und der Todesstrafe würdig und bedauerte nur, daß die Fanatiker, die sie ins Verderben gestürzt hatten, und schuldiger waren, als sie ihr Geschick nicht teilen konnten.

Fast allabendlich ging Gamelin zu den Jakobinern, die sich in der Rue Honore in der alten Kapelle der Dominikaner, im Volksmunde Jakobiner genannte, vereinigten. Auf dem Hofe, auf dem ein Freiheitsbaum stand, eine Pappel, deren bewegte Blätter immerfort rauschten, erhob sich die Kapelle, ein schmuckloses, düstres Bauwerk mit jäherem Ziegeldach und kahler Giebelfront, die von einer Fensterreihe und einer rundbogigen Tür durchbrochen war. Ueber dieser wehte die Nationalfahne, mit der Freiheitsmütze geschmückt. Die Jakobiner hatten sich, gleich den Cordeliers und Feuillants, die Wohnstätte und den Namen der vertriebenen Mönche zugelegt. Gamelin, der bisher stets zu den Sitzungen der Cordeliers gegangen war, fand bei den Jakobinern die Holzschuhe, die Karmagnolen und das Geschrei der Anhänger Dantons nicht wieder. In Robespierres Klub herrschte bürgerliche Gesettheit und administrative Klugheit. Seit Ermordung des Volksfreundes folgte Chariff den Lehren Robespierres, dessen

flieht. Aber auch hier, wo die Scheulappen der „höheren Bildung“ und der „sozialen Stellung“ dem Verständnis für die eigene proletarische Lage im Wege stehen, beginnt es zu tagen. So haben jetzt die Apothekergehilfen in Budapest fast einstimmig beschlossen, in den Streit zu treten und fast 300 haben die Arbeit eingestellt und sind größtenteils abgereist. Ihre Forderungen, die von den notleidenden Apothekern natürlich unerfüllbar ohne jede Verhandlung abgelehnt worden sind, lauten: Regelung der Gehälter, Einführung einer Alterszulage, Regelung der Dienstverhältnisse, der Arbeitsruhe, des Nachtendienstes, der Kündigung, der Krankenunterstützung, Einführung des Achtstundenschlusses. Sämtliche 12 Provinzorganisationen haben sich mit dem Streikenden solidarisch erklärt. Damit die Kranken nicht unter dem Streik leiden, hat die Leitung des Streiks in jedem der 10 Stadtbezirke eine Apotheke bestimmt, die von der Arbeitseinstellung ausgenommen bleibt — Auch die Gehilfen namhafter Provinzialstädte, wie Arad und Oedenburg, haben sich der Bewegung angeschlossen, die sich der vollen Sympathie der Bevölkerung, trotz der dieser durch den Streik erwachsenden Unannehmlichkeiten, erfreut. Die Streikenden luden den Genossen Carami zu sich ein und begrüßten ihn stürmisch. Auch in der großen öffentlichen Versammlung, die sie am 11. Juni im Saale der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft in Gemeinschaft mit einer Reihe von Angestelltenverbänden abhielten, wurden die Reden der Vertreter der Arbeiterenschaft mit Begeisterung aufgenommen. Die Besitzer haben sich angeichts der Forderung der Ausständigen und der Bevölkerung genötigt, ihre bisherige schroff ablehnende Haltung aufzugeben und sich zu Verhandlungen herbeizulassen. Vielleicht ist jetzt schon eine Vereinbarung zustande gekommen.

Badische Politik.

Der Geburtenrückgang ist am stärksten in katholischen Gegenden.

Wie den vom Statistischen Landesamt herausgegebenen Statistischen Mitteilungen zu entnehmen ist, hat die im Jahre 1912 im Großherzogtum beobachtete kleine Zunahme der Geborenenzahl im Jahre 1913, wie schon von uns mitgeteilt, nicht angehalten. Nach vorläufigen Feststellungen sind im letzten Jahre 2450 Kinder weniger als 1912 geboren worden; die Geburtenzahl ist von 28,5 im Jahre 1912 auf 27,1 im Jahre 1913 gesunken.

Ein Rückgang der Geborenenzahl wurde im Jahre 1913 in 46 Amtsbezirken beobachtet; die größten absoluten Zahlen weisen die Bezirke Freiburg (245), Seibelsberg (178), Mannheim (133), sowie die beiden ländlichen Bezirke Buchen (132) und Sinheim (108) auf. In 7 Amtsbezirken hat die Geborenenzahl gegenüber 1912 zugenommen, u. a. in Baden um 105, in Vörrach und Wolfach um je 32, in Engen um 27.

Von den 15 größten Städten des Landes zeigen 11 eine Geburtenabnahme und nur vier eine Zunahme gegen das Vorjahr, und zwar beträgt der Rückgang in den Städten: Freiburg 157, Pforzheim 118, Mannheim 97, Karlsruhe 68, Konstanz 68 Geburten. In den übrigen 6 Städten ist die Verminderung geringer. Eine Zunahme zeigen Baden-Baden (108), Mastatt (80), Vörrach (18), Offenburg (3).

Diese statistischen Feststellungen geben der Zentrums- und der katholischen Geistlichkeit einen Fingerzeig, wo sie in erster Linie einsetzen müssen, um dem Geburtenrückgang zu steuern. Das katholische Freiburg, die Hochburg der badischen Zentrumspartei, steht bedeutend schlechter da wie die Hauptdomänen der Sozialdemokratie: Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim und Vörrach. Selbst ländliche, vom Zentrum vollständig beherrschte Bezirke, wie Buchen und Sinheim, stehen mit Geburtenrückgang da, auf dem Kriegsfuß, daß die Mexikalen alle Ursache haben, hier nach dem Rechte zu sehen.

Und da wagt die Zentrums- und der katholischen Geistlichkeit immer noch zu behaupten, der Geburtenrückgang sei hauptsächlich auf den Einfluß der Sozialdemokratie zurückzuführen. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, so wie sie das Zentrum mitgeschaffen hat, sind die Ursache der Beschränkung der Kinderzahl.

Denart bei den Jakobinern vorherrschte und von dort sich durch tausend Zweigvereine über ganz Frankreich verbreitete. Während der Verlesung des Protokolls schweiften seine Blicke über die kahlen düstern Mauern, die einst die geistigen Söhne der großen Reformerinstitoren der Verbrennen gegen das Vaterland umschlossen.

Hier tagte die höchste Staatsgewalt ohne jeden Pomp, nur durch das gesprochenen Wort ausgeübt. Sie beherrschte die Hauptstadt, ganz Frankreich, sie diktierte dem Konvent ihren Willen. Diese Begründer der neuen Ordnung hielten das Gesetz so in Ehren, daß sie im Jahre 1791 Royalisten geblieben waren und es noch nach der Flucht des Königs bleiben wollten, weil sie sich streng nach der Konstitution richteten. Sie waren Freunde der bestehenden Ordnung, selbst nach den Morden auf dem Marksfelde, und revoltierten nie gegen die Revolution. Dem Volksbewußtsein fernstehend, näherten sie in ihren düstern und starren Seelen ein glühendes Vaterlandsküß, die vierzehn Meere aus dem Boden gestampft und die Guillotine errichtet hatte. Chariff bewunderte ihre Maßsamkeit, ihren mittrauischen Geist, ihr dogmatisches Denken, ihre Ordnungsliebe, ihre Herrschsucht und ihre Regierungsweise.

Die Stimmen der im Saale anwesenden Menge klangen wie ein einmütiges, gleichmäßiges Rauschen, gleich den Blättern des Freiheitsbaumes im Hofe.

An jenem Tage, dem ersten Vendemiaire, bestieg ein junger Mann mit zurücktretender Stirn, durchdringendem Blick, spitzer Nase, scharfem Kinn, podernarrigem Gesicht und kalter Miene langsam die Tribüne. Er trug gepudertes Haar und einen blauen Rock mit enger Taille. Sein abgezierter Wefen, sein gemessenes Benehmen veranlaßte manche zu der spöttischen Bemerkung, er sähe aus wie ein Tanzlehrer. Andere begrüßten ihn als den „französischen Orpheus.“ Mit klarer Stimme hielt Robespierre einen berebenden Vortrag über die Feinde der Republik. Mit furchtbaren, metaphysischen Beweisgründen schmaltete er Brissot und dessen Anhänger nieder. Er sprach lange, wortreich und harmonisch. In den himmlischen Sphären der Philosophie schwebend, schwebte er seine Blicke auf die am Boden kriechenden Verräter.

(Fortsetzung folgt.)

Badischer Landtag.

Eine lebhafte Kammer Sitzung.

Nach Genehmigung des 2. Nachtragsatzes und Zurückziehung des Antrags Kopf, der wieder einmal die Klopfschere des Zentrums enthüllte, wurde in die Beratung der Anträge eingetreten, die eine Aenderung des Kreiswahlrechts wünschten. Hierbei kam es zu lebhaften, aufgeregten Auseinandersetzungen. Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Genosse Geiß seine Zustimmung zum Antrag Benedek, der zur Beseitigung des veralteten, ungerechten Kreiswahlrechtes die Wahlen zu den Kreisversammlungen und zu den Bezirksräten nach gleichen direkten Proporzahlen vorschlägt. Neben den Nationalliberalen und dem Zentrum, das damit seine seit dem Jahre 1878 vertretene Politik verläßt, wandte sich Minister v. Bodmann gegen den Antrag Benedek, um dann in prononzierter Weise gegen die Sozialdemokratie und deren Gleichberechtigung in der Staatsverwaltung Front zu machen. Gegen diese reaktionäre Auffassung machte Genosse Frank in entschiedener Weise Front, indem er die Haltung des Ministers entsprechend kennzeichnete und den Nachweis führte, daß die Sozialdemokratie mehr als irgend eine andere „monarchische“ Partei für sich in Anspruch nehmen könne, Gemeingefühl zu besitzen. Giergegen wandte sich in erregtem Tone Minister v. Bodmann, ohne jedoch seine Auffassung durch seine 2. Rede verstärken zu können. In scharfer Erwiderung polemisierte Gen. Dr. Frank nochmals gegen den Minister, dabei auch das Zentrum gehörig unter die Lupe nehmend. Der Antrag Benedek wurde schließlich gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt, während der Antrag Jehner auf Aenderung des Kreiswahlrechtes gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde, nachdem ihm die Antragsteller eine reaktionäre Begründung gegeben hatten.

*

11. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 16. Juni.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Am Regierungstisch: Minister v. Bodmann. Präsident Rohrbach spricht zum Abschied des früheren Mitglieds des Hauses, Herrn Oberlandesgerichtsrat Edmund Schmidt, sein herzlichstes Beileid aus. Das Haus erhebt sich von den Sitzen.

Abg. Kopf (Zentr.) widmet als Vorsitzender der Zentrumsfraktion seinem verstorbenen Parteifreund einen warmen Nachruf, dabei dessen persönlicher und politischer Tätigkeit größte Anerkennung zollend.

Zur Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über den 2. Nachtragsatz, und zwar Mittel für einen Entwurf zur Schiffbarmachung des Oberrheins.

Abg. Köpff (Soz.):

Als bekannt wurde, daß die Regierung Mittel für die Baggerung des Oberrheins verlangte, wurde dies allgemein begrüßt. Aus diesem Grunde bedauere ich, daß auch Mitglieder der Zentrumsfraktion vom Oberland sich dem Zentrumsantrag anschließen, der die Baggerung ganz und gar nicht fördert. Wasel unterstützte von jeher die Schiffbarmachung des Oberrheins. Die Schweiz wird dies, wie erst neulich wieder erklärt wurde, auch in der Zukunft tun. Die Schweiz wird sich dabei auch bei dem neuen Projekt nicht kleinlich zeigen. Das Projekt muß endlich vorwärts gehen, weshalb wir die Forderung der Regierung voll und ganz unterstützen. Den Zentrumsantrag lehnen wir ab. Denn bei unserem 100 Millionenbudget darf nicht diese wichtige Frage aufgeschoben werden. Wir wollen eine rasche Förderung dieses volkswirtschaftlich wichtigen Projektes.

Abg. Kopf (Zentr.): Wir erklärten ausdrücklich, daß wir der Schiffbarmachung zustimmen. Wir bringen jedoch ein großes Opfer, wenn wir die Mittel für die Vorprojekte bewilligen. Bevor wir die Schiffbarmachung haben, kann das Projekt nicht ins Leben treten. Die Sache ist daher nicht so eilig. Die Pläne eilen daher nicht. Unser Antrag, der verlangt, daß mit den Vorprojekten erst begonnen werden soll, wenn die beteiligten Staaten bereit sind, beizusteuern, kann daher keine Bedenken erregen. Die Baggerungen sollte ich für nutzlos, da sie vom nächsten Hochwasser weggespült werden.

Abg. Gühring (Natl.): Eine Verschleppung des Projektes, selbst um nur 2 Jahre, wäre zu bedauern. Noch im März war in dieser Frage volle Einigkeit, wie auch aus der Erklärung Jehners hervorging. Auch die Landwirtschaft hat das größte Interesse an der Schiffbarmachung. Die Haltung des Abg. Kopf, dem es auf eine weitere Verschleppung des Projektes um 2 Jahre nicht ankommt, ist daher unbegründet. Außerdem verschwindet die verlangte Summe von 20.000 Mk. gegen die für das ganze Projekt notwendigen 160 Millionen völlig. Man sollte daher den Weg nicht künstlich verzerren. Denn die Schiffbarmachung ist eine Notwendigkeit.

Abg. Benedek (F. Vp.): Wir sind alle darin einig, daß die beteiligten Staaten zu den Kosten des großen Werkes beisteuern müssen. Aber ich meine, 20 oder 40.000 Mark darf man schon für das Vorprojekt ausgeben, damit wir selbst einmal Klarheit über das Projekt haben. Ich würde es sehr bedauern, wenn durch den Zentrumsantrag das Projekt weiter verzögert würde. Wir lehnen daher den Zentrumsantrag ab. Ich möchte den Abg. Kopf bitten, im Interesse einer einheitlichen Kundgebung seinen Antrag zurückzuziehen.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Wir werden die Zentrumsresolution ablehnen, wie mein Freund Köpff bereits darlegte. In der Sache selbst sind wir ja einig. Von der Regierung möchte ich um eine Auskunft bitten. In Wasel hat sich eine Schiffahrtsgesellschaft bis Wasel gebildet. Auch soll ein Schiffahrtsgesetz sich gebildet haben, an dem der Stanton Wasel und die badische Regierung beteiligt sein soll. Ist die badische Regierung hieran beteiligt? Wertwürdigerweise fällt die Gründung dieser Gesellschaft mit dieser Vorlage zusammen. Die Frage hat deshalb Bedeutung, weil wir Klarheit darüber haben wollen, daß das Projekt auf alle Fälle bis Konstanz fortgeführt wird. Denn das Projekt darf nicht bis Wasel gehen, sondern muß bis Konstanz fortgeführt werden.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.): Wir wollen mit unserer Resolution kein Misstrauensvotum gegen die Regierung. Wir wollen nur Mißverständnisse bei den außerbadischen Staaten vermeiden. Ohne Schiffbarmachung kann das neue Projekt nicht durchgeführt werden. Eine Verzögerung des Projektes wollen wir nicht. Es fragt sich überhaupt, ob das Projekt an sich zu begrüßen ist.

Minister v. Bodmann: Was die Frage betrifft, ob man die Schiffbarmachung an sich begrüßen muß, so kann man verschiedene Ansichten haben. Es liegt jedoch nicht in unserer Macht, die Entwicklung zu hemmen. Denn wir müssen die Existenz unserer Nachkommen ermöglichen. Wir sind nicht an der Schiffbarmachung bis Wasel beteiligt. Auch an dem Schiffbarmachungsgesetz bis Wasel sind wir nur bis zu einem gewissen Grade

interessiert. Wir wollen die Schiffbarmachung des Oberrheins gemeinsam mit den anderen Ländern machen und können dann ein gemeinsames Projekt aufmachen. Es ist ein gemeinsames Werk und daher auch eine gemeinsame Kostenfrage. In dieser Hinsicht gingen wir bereits vor. Ich war dabei überrascht, daß Abg. Kopf sprach, als ob noch nichts geschehen sei. Wir werden mit Esch-Rothringen eine Einigung erzielen. Ohne ein Projekt, das eine Ueberbrückung ermöglicht, kann man sich jedoch kein Bild machen. Wir sind gezwungen, hier vorzugehen. Bevor Esch und das Auswärtige Amt seine Zustimmung gegeben hat, können wir nicht mit der Schweiz verhandeln. Es bedarf daher einer Resolution wie die vorgeschlagene nicht. Ich habe selbst ein genügend starkes Rückgrat. Wir müssen gewappnet sein, falls Holland den Schiffbarmachung zustimmt. Wir wollen mit tüchtiger Beschleunigung uns vergewissern, ob wir die Beteiligung von Esch-Rothringen und möglichst der Schweiz an dem Vorprojekt bekommen können. Dies wird in etwa sechs Wochen ersichtlich sein. Wir wollen in der Frage jedoch nicht gehemmt sein. Ich wäre daher sehr dankbar, wenn der Antrag Kopf nicht aufrecht erhalten würde. Auch mit der Baggerung ist es nötig, einen Versuch zu machen. Denn wenn er gelingt, so haben wir hierin große Vorteile.

Abg. Kopf (Zentr.) zieht seinen Antrag nach den Erklärungen des Ministers zurück.

Abg. Banjschlag (Konf.) stimmt dem Projekt zu.

Abg. Reismann (Natl.) betont, daß das Projekt von größter Bedeutung für die Industrie und für die Landwirtschaft ist.

Abg. Süßkind (Soz.):

Ich möchte konstatieren, daß die Regierung heute vor dem Plenum keine andere Erklärung abgab als in der Kommission, deren Vorsitzender der Abg. Kopf ist.

Abg. Neuhaus (Zentr.): Es ist ein Unterschied, ob diese Erklärung in der Kommission oder in der Öffentlichkeit gemacht wurde.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.): Ich wollte nicht genau in Schärfe malen (Heiterkeit), sondern nur mein Bedenken an dem Projekt äußern, dem wir ja zustimmen.

Abg. Gühring (Natl.): Auch wir waren nicht allzu optimistisch, sondern haben uns unsere Zustimmung wohl überlegt. Wenn uns das Projekt vorgelegt wird, kann man es ablehnen. Die Position wird einstimmig genehmigt.

Minister v. Bodmann dankt für die einstimmige Zustimmung.

Die Wahlen zu den Kreisversammlungen und Bezirksräten.

Abg. Jehner (Natl.) erstattet den Bericht der Kommission über die Anträge Dr. Jehner (Zentr.) und Benedek (F. Vp.). Der Antrag Dr. Jehner bittet um Abänderung des Wahlrechts zu den Kreisversammlungen. Dieser Antrag wird in der Kommission einstimmig angenommen. Der Antrag Benedek wünscht einen Gesetzentwurf, durch welchen für die Wahlen der Kreisversammlungen und Bezirksräte das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht mit Proportionalvertretung eingeführt wird. Dieser Antrag wird in der Kommission mit 12 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die Regierung erkannte die Reformbedürftigkeit des jetzigen Kreiswahlrechts, doch scheint ihr eine neue Gesetzesvorlage nicht so dringlich. Sie warnt vor einer direkten Kreisreform und lehnt eine Wahl der Bezirksräte ab.

Abg. Dr. Bernauer (Zentr.) begründet folgenden Antrag der Abg. Jehner und Genossen: Die Zweite Kammer wolle beschließen, die Großh. Regierung zu ersuchen, dem Landtage eine Gesetzesvorlage behufs Abänderung des Wahlrechts zu den Kreisversammlungen zu unterbreiten. Gegenüber diesem Antrag will der Antrag Benedek auch die Wahl der Bezirksräte und die Übernahme der verschiedenen Wahlen durch direkten gleichen Proporz. Den Antrag Benedek lehne ich und der größte Teil meiner Freunde ab. Da die Bezirksräte Organe der Staatsverwaltung sind, muß die Regierung Einfluß auf die Besetzung haben. Die Vorschläge zur Aenderung des Kreiswahlrechts sind schon sehr alt und zielen darauf hin, ein größeres Interesse für die Kreiswahlen zu schaffen. Eine Vereinigung der Wahl ist sehr notwendig. Eine direkte Wahl ist ausgeschlossen, ebenso eine direkte Bestimmung. Von einem allgemeinen, gleichen Wahlrecht kann bei diesen Gemeindeverbänden keine Rede sein. Denn die Gleichheit wird nur eine äußerliche sein, wenn man einer großen Gemeinde das gleiche Wahlrecht gibt wie einer kleinen. Gegen das Verhältniswahlrecht in den Gemeinden zwecks Kreiswahlen haben wir keine Bedenken. Ich bitte um Annahme unseres Antrages und den Antrag Benedek abzulehnen.

Abg. Dr. Günner (F. Vp.) begründet folgenden Antrag der Abg. Benedek u. Gen.: Die Großh. Regierung wird ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen für die Wahlen der Kreisversammlungen und Bezirksräte das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht mit Proportionalvertretung angenommen wird. Die Selbstverwaltung muß so konstruiert sein, daß das Volk Interesse dafür hat. Dies will ja auch der Antrag Jehner. Wenn das Zentrum in seinem Antrag zurückhaltender ist, so ist dies aus seiner allgemeinen politischen Haltung begründlich. Die Nationalliberalen lehnen ja auch unseren Antrag ab. Wir werden uns daher fragen, ob wir nicht im Falle der Ablehnung unseres präzis gefaßten Antrags der Abschlagszahlung des Zentrumsantrags zustimmen sollen. Es ist nicht angängig, daß Sozialdemokraten von den Kosten der Bezirksräte ausgeschlossen werden. Dies beweisen die vorgekommenen Fälle. Auch meine politischen Freunde werden jetzt benachteiligt. Heute spielen bei der Ernennung der Bezirksräte nicht nur die Fähigkeiten und das Gemeininteresse eine Rolle, sondern auch die politische Gesinnung. Diese Einseitigkeit muß aufhören.

Minister v. Bodmann: Ich bin nicht dafür, daß wir für die Kreisversammlungen allgemeine, gleiche, direkte Wahlen nach dem Proporz einführen. Ich bin der Ansicht, daß das Kreiswahlrecht derart ist. Die geringe Wahlbeteiligung erklärt sich daraus, daß die einzelnen Kreisangehörigen nicht das Bewußtsein der Bedeutung der Kreiswahlen haben. Die Wahlen müssen daher nicht von den Kreisangehörigen, sondern von den Kreisgemeinden vorgenommen werden. Wir müssen daher die Wahl durch die Kreisgemeinden zu bezirken suchen, denn die Bevölkerung ist froh, eine Wahl weniger zu haben, da sie wahlmüde ist. Wir müssen diese Wahlreform in Verbindung mit einer Kreisreform überhaupt vornehmen. In Verbindung damit steht die Wandererfrage. Diese wird zurzeit von den Reichsinstanzen behandelt. Erst nach Regelung dieser Fragen wird man an eine Aenderung dieser Sache denken können. Was die Bezirksräte betrifft, so will der Antrag Benedek deren Wahl. Die Regierung hält jedoch an der Ernennung der Bezirksräte fest. Die Regierung muß hierauf Einfluß haben. Was den Ausschluß der Sozialdemokraten von den Bezirksräten betrifft, so kann, so lange die Sozialdemokratie sich republikanisch gebärdet und daraus gegenüber dem Monarchen die Konsequenzen zieht und mit den revolutionären Gedanken spielt, für die Regierung keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokraten zu Bezirksräten ernannt werden. Die Regierung ist berechtigt, die Ernennung von Sozialdemokraten zu Bezirksräten zu verweigern. Denn es muß von den Bezirksräten ein entsprechender Gemeingehalt vorausgesetzt werden. Die Bezirksräte nehmen nicht nur an der Verwaltung teil, sondern sie vertreten teilweise die Staatsverwaltung und erfüllen polizeiliche Funktionen. Es wurde früher auf sozialdemokratische Bürgermeister

hingewiesen. Bürgermeister werden gewählt und Bezirksräte werden ernannt. Es wäre ein Fehler, wenn wir dieses Ernennungsrecht preisgeben würden. Es besteht kein gesetzlicher Anspruch auf Bezirksratsposten. Ausgenommen bei der Sozialdemokratie spielt dabei die politische Zugehörigkeit keine Rolle. Dies möchte ich gegenüber dem Abg. Günner feststellen, der wegen eines Falles eines seiner Parteifreunde Beschwerde erhob. Es handelt sich hier um den Stadtrat Dieber. Von dessen Person mußte ich aus rein sachlichen Gründen Abstand nehmen. Ich wollte bewirken, daß die verschiedenen Berufe vertreten werden. Man kann daher nicht von einer Voreingenommenheit gegen eine Partei reden.

Abg. Siedler (Natl.): Dem Zentrumsantrag stimmen wir zu und den Antrag Benedek lehnen wir ab. Wer das Geld in den Kreisen aufbringt, muß auch in der Vertretung berücksichtigt werden. Bei den Bezirksräten halten wir an dem bisherigen Modus fest. Die Verwaltungs- und polizeiliche Tätigkeit der Bezirksräte ist zu berücksichtigen. Doch sollten alle Bevölkerungskreise in Betracht gezogen werden.

Abg. Geiß (Soz.):

Der Minister gab zu, daß das Kreisstagesgesetz reformbedürftig ist. Zahlreich kümmerte sich niemand um die Kreis tagewahlen. Erst durch

die offizielle Beteiligung der Sozialdemokratie

an den Kreiswahlen, wie dies z. B. in Mannheim im Herbst trat, gewann die Frage größere Bedeutung. Die geringe Beteiligung, die Mannheim früher zeigte, beweist am besten die Reformbedürftigkeit. Jetzt hat sich die Beteiligung etwas gehoben und die Sozialdemokratie hat daher in Mannheim mehrere Mandate. Eine Vereinfachung des ganzen Wahlmodus ist dringend notwendig. Eine Abänderung der Kreisverfassung und des Kreiswahlrechts ist nötig und zwar durch Einführung des gleichen, allgemeinen, direkten und geheimen Proporzverfahrens. In gleicher Weise muß die Wahl von Bezirksräten erfolgen.

Wenn die Wahl durch die Gemeinde erfolgen soll, so muß das Klassenwahlrecht für die Gemeindevähler verschwinden. So lange wir das Klassenwahlrecht in den Gemeinden haben, bekämpfen wir die Wahl der Kreisvertreter durch die Gemeinden. Die Regierung verweigert die Ernennung von Sozialdemokraten zu Bezirksräten, was mit der Verfassung nicht in Einklang steht. Wir bedauern diese Haltung der Regierung gegenüber uns nicht nur, sondern

wir protestieren entschieden dagegen.

Es ist nicht angängig, weil wir eine republikanische Partei sind, uns deshalb die Gleichberechtigung zu verweigern und uns von der Verwaltung auszuschließen. Wir werden jedoch trotzdem nach wie vor unsere Pflicht tun. Wir werden uns umso stärker an den Kreiswahlen beteiligen und es wird die Zeit kommen, wo wir die Mehrheit haben und die Regierung wird eines Tages gar nicht umhin können, uns zu befähigen. Auf diese Weise werden wir doch zu unserm Ziel kommen, es sei denn, daß die Regierung gesetzliche Maßnahmen gegen uns ergreift. Wir sind daher der Ansicht, daß wir auf dem Wege der Entwicklung dahin kommen, daß die Regierung uns als Bezirksräte befähigen muß.

Abg. Benedek (Fortf.): Es ist nicht richtig, daß die Bevölkerung wahlmüde sei. Mit dieser Aeußerung schänt der Minister die Bevölkerung sehr tief ein. Denn wir haben ein Nachbarland, wo fast jeden Sonntag Wahlen sind und sogar die Beamten gewählt werden, ohne daß eine Wahlmüdigkeit besteht. Das Volk muß Vertrauen zur Rechtspflege bekommen. Wenn diese jedoch von einzelnen Honoratioren ausgeht, kann kein Vertrauen bestehen. Wir bedauern deshalb, daß die Regierung große Bevölkerungsteile von der Gesetzgebung ausschließt. In keinem Lande ist man so kleinlich, wie bei uns in Deutschland. In Italien läßt der König einen Sozialdemokraten rufen. Bei uns kommt der Staat ins Waden, wenn ein Sozialdemokrat Bezirksrat wird. Dies ist tieftraurig. Gibt es denn nicht moderne Staaten, die keine Monarchien sind? Man kann die Frage aufwerfen, ob es nicht viel wichtiger ist, daß die Gewissensfreiheit garantiert ist. Und hier läßt die erzbischöfliche Schrift auf die Anschauung gewisser Richtungen tief blicken. Ich muß daher die Haltung der Regierung entschieden zurückweisen. Auch Mitglieder unserer Partei wurden zurückgesetzt. Unser Antrag ist daher berechtigt.

Minister v. Bodmann: Wir sind die Namen der beiden Herren, die Abg. Benedek als von der Ernennung zu Bezirksräten ausgeschlossen bezeichnete, nicht bekannt.

Abg. Kopf (Zentr.): Die Kreisstage behandeln keine wichtigen Angelegenheiten, so daß es nicht nötig ist, einen großen Apparat zur direkten Wahl in Szene zu setzen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag, damit dem nächsten Landtag ein Gesetz vorgelegt wird. Auch wir vom Zentrum hatten in früheren Zeiten Beschwerden über die Ernennung zu Bezirksräten vorzutragen. Erst neulich wurden in Engen vier Nationalliberalen bestätigt, während das vorgeschlagene Zentrumsmitglied ausgeschied. Die Regierung sollte hier nach dem Rechte sehen. Solange die Sozialdemokratie eine republikanische Partei ist und nicht auf dem Boden des gegenwärtigen Staates steht, kann sie nicht für Bezirksräte in Frage kommen. (Abg. Kolb: Sie stehen ja auch nicht auf diesem Boden!)

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Die Erklärungen, die Minister v. Bodmann heute abgab, bedeuten gegen früher einen Schritt nach rückwärts. Die Regierung verweigerte zwar schon früher die Ernennung sozialdemokratischer Bezirksräte. Es geschah dies gegen das Gesetz und man übte uns gegenüber

einen Gewaltakt

aus, wenn man uns ausschloß. Heute jedoch geht der Minister weiter und er möchte beweisen, daß er auf dem Boden des Gesetzes steht, wenn er so handelt. Damit hat sich der Minister herausgenommen.

eine große Bevölkerungsgruppe zu beleidigen.

Der Minister streitet uns den Gemeinfinn ab.

Ich protestiere gegen diese Beleidigung.

Andererseits appellieren die Minister an die Sozialdemokraten, weil sie

mehr Gemeinfinn als die bürgerlichen Patrioten

haben. Der badische Minister spricht uns den Gemeinfinn ab. Haben die Hamburger Arbeiter keinen Gemeinfinn bezogen, als sie sich um die Choleraerkrankten bemühten, während die bürgerlichen flohen? Bezeugen die sozialdemokratischen Gemeindeglieder allerorten nicht Tag für Tag ihren Gemeinfinn, während andere Gruppen Geldbeutelinteressen wahren! Es war wohl

nach nie da,

daß man einer ganzen Klasse den Gemeinfinn absprach. Der Minister deutet anheimelnd das Wort Gemeinfinn in einer Weise, die mit der deutschen Sprache in Widerspruch steht. Er legte dem Worte Gemeinfinn eine falsche Bedeutung unter, indem er es so deutete,

als ob Gemeinfinn mit monarchisch identisch sei.

Es kann jemand sehr monarchisch sein und doch keinen Gemeinfinn haben. Und es kann jemand antimonarchisch sein und sehr viel Gemeinfinn besitzen. Im übrigen steht die Frage der Monarchie nicht bei den Bezirksräten zur Entscheidung. Der Abg. Benedek wies bereits auf die Konsequenzen hin, zu der es

Genossenschaftsbewegung.

Der Baseler Konsumverein i. J. 1913. Bienenfeld heute schon durch Organisation des Konsums geleitet werden kann, davon ist der Jahresbericht des allgemeinen Konsumvereins in Basel für das 48. Geschäftsjahr wieder einmal Zeugnis. Die Zahl der Mitglieder stieg von 33 950 auf 35 952. Da der Kanton Basel-Stadt etwa 140 000 Einwohner zählt und in der Umgebung andere leistungsfähige Konsumvereine bestehen, so kann man sagen, daß fast ohne Ausnahmen die gesamte Bevölkerung genossenschaftlich organisiert ist. Das ergibt sich auch schon aus der Höhe des durchschnittlichen Verkaufs, der über 700 Franken auf das Mitglied beträgt: ein Zeichen, daß nicht nur die proletarische, sondern alle Schichten der Bevölkerung dort ihren Bedarf decken. Der Umsatz belief sich auf 27 115 223 Fr., wovon rund 1 313 000 aus den eigenen Betrieben des Vereins an den Verband Schweiz. Konsumvereine abgeführt wurden. Gegen das Vorjahr war die Zunahme 1 217 000 Fr. = 4,7 Proz. Von den einzelnen Posten des Umsatzes sind bemerkenswert: Milchgeschäft (7 262 400 Fr.), Schlächtereien (7 248 900), Biergeschäft (1 568 150), Obst und Gemüse (975 000), Brennmaterial (873 700), Schuhwaren (803 100). Man sieht, wie die Eigenproduktion im Vordergrund steht. Dabei entstammen die Schuhwaren der eigenen Schuhfabrik des Verbandes, die jetzt ein dankenswertes Ergebnis des Boykotts der Schuhhändler, in mustergültiger Einrichtung in Basel steht. Und das Mehl für die Bäckerei, die 4 462 099 Kilo Backwaren herstellte, kam fast ganz aus der Verbandsmühle in Jürich. Die Zahl der Verkaufsstellen stieg von 106 auf 115. Der Verein kennt, wie mancher anderer in der Schweiz, keine Mitgliederanteile. Seine Kapitalien bestehen im wesentlichen aus den Reserven (1 598 855), wozu eine Obligationsschuld von 2 670 200 und eine Sparkasse mit 1 926 847 Fr. von 6100 Einlegern kommen. Die Gebäude und Grundstücke stehen mit 4 850 000 zu Buche, während an Warenvorräten 2 458 000, an Bargeld und Bankguthaben 1 448 475 Fr. vorhanden sind. Der Bruttoüberschuß betrug 2 379 222, der Reinerüberschuß 1 951 357 Fr., wovon 1 848 726 Fr. als Rücklage (8 Proz.) an die Mitglieder verteilt, 97 376 Franken dem Reservefonds zugewiesen wurden.

Das Personal bestand Ende 1913 aus 1141 (646 männlichen, 495 weiblichen) Personen, von denen 895 gegen Invalidität versichert sind — freiwillig, da die Schweiz noch keine gesetzliche Invalidenversicherung kennt. Das Personal zahlte 20 000, der Verein 72 246 Fr. an Prämien. Man hofft, in nächster Zeit auch die Hinterbliebenenversicherung einzuführen. — Für Unterstützung arbeitsloser Mitglieder (neben der von der Gemeinde unterstützten Arbeitslosenkasse) wurden 12 000 Fr. an 523 Familien ausgeben.

Ein von dem Nordschweizerischen Milchverbande (der Bauern) durch den Versuch der Aufrechterhaltung eines ungerechtfertigt hohen Milchpreises herbeigeführter „Milchkrieg“ endete mit vollem Erfolge für den Verein, dem es gelungen war, seinen Tagesbedarf von rund 55 000 Liter anderwärts zu beschaffen und durch vorzügliche Kühleinrichtungen tadellose Beschaffenheit zu sichern, sodaß der Detailabsatz um 930 000 Kilogramm = 5 1/2 Proz. zunahm. Seit dem 1. Mai besteht ein Jahreslieferungsvertrag mit den alten Lieferanten zum Preise von 18 1/2 Rappen auf das Kilo 1 1/4 Pf. den Liter).

Aus dem Lande.

Ettlingen.

r. Fahnenweihe des Arbeitergesangvereins „Eintracht“ am 20., 21. und 22. Juni 1914. Zehn Jahre sind es her, als sich hier einige Genossen zusammenschlossen, um einen Arbeitergesangverein ins Leben zu rufen. Man kann ruhigen Gewissens sagen, daß die Idee jener Genossen gut war. Das Unternehmen glückte. Wie sollte das auch anders sein? Ettlingen als Industriestadt barg in seinem Schoße einen guten Kern proletarischer Elemente. Auf sportlichem Gebiete sind die Jahre 1904 und 1905 Marksteine in der Geschichte der Ettlinger Arbeiterbewegung. Dabei muß festgestellt werden, daß die politischen oder gewerkschaftlichen Pflichten keineswegs vernachlässigt wurden. Im Gegenteil. Das Freiheitslied, das alles das in sich birgt, was den entredeten Menschen bewegt, zog gar so manchen schon zu uns. Auch so manches Arbeiterfest erhielt durch aktive Mitwirkung dieser Vereine erst den richtigen proletarischen Glanz. Die Arbeiterschaft hat allen Grund, sich nun ihrerseits bei dem Feste der „Eintracht“ erkenntlich zu zeigen und daran teilzunehmen. Mit umso größerer Freude und Begeisterung wird sich dann der Verein auch fernherin der Arbeiterschaft zur Verfügung stellen. Das Festbuch gibt Aufschluß über alle wichtigen Ereignisse in der Ettlinger organisierten Arbeiterschaft. Eine ansehnliche Zahl Brudervereine haben ihre Mitwirkung zugesagt. Daß die Festteilnehmer sich wohl fühlen werden, dafür hat der festgebende Verein gesorgt. Mögen sich deshalb auch nicht nur die Ettlinger, sondern auch die auswärtigen Freunde der Arbeiterschaft recht zahlreich einfinden, um so eine würdige Demonstration auf kulturellem Gebiete zum Ausdruck zu bringen als ein Mahnruf der aufstrebenden Arbeiterklasse.

Am Donnerstagabend findet im Lokal Traut Mitglieberversammlung statt, um die letzten Anweisungen zu geben. Für alle Mitglieder und Funktionäre ist es Ehrensache, zu erscheinen.

Offenburg.

Der nicht variiert, fliegt. Der „Beobachter“ kündigt den beiden unbotmäßigen Zentrumsmitgliedern Link und Huber, die bei der Bürgermeistereiwahl nicht Order parierten, fürchterliche Rache an. Bei der nächsten Ausschuhwahl werden sie nicht mehr als Zentrumskandidaten aufgestellt. Damit ist es aber sicher noch nicht getan, der Index ist ihnen sicher. Union, Wagnershaus, Kloster, Marienhaus, Krankenhause: überall finden sie verschlossene Kundentüren. Hungerterror bis zum reinen Vuhetun, so lautet die Strafe. Natürlich rechnet man damit, daß die „Blodisten“ dieses schwarze Terrorsystem aus Anstand nicht nachahmen. Doch kann auch einmal die Rechnung versagen. Unser Offenburger Schwarzblätchen hat die „Beobachter“-Drohung noch nicht abgedruckt. Aber in einem Artikel jammert das fromme Zentrumsorgan mit der alten Klage, man wolle das Zentrum im Rathaus dauernd niederhalten. Dabei hat das Zentrum die Hälfte der Stadtratsitze, alle einflussreiche Respijante befinden sich in Zentrums Händen. Desgleichen viele Spitzenstellen städtischer Beamten. Bei Wahlen fällt diese schwarze Bilanz außerordentlich ins Gewicht. Und doch sind die Herren nicht zufrieden. Majorität möchten sie und dann Terrorismus wie bei Huber und Link.

k. Gröningen, 16. Juni. Montagabend 8 Uhr fuhr ein Auto, aus der Richtung Pforzheim kommend, wie üblich, in rasendem Tempo durch die Kaiserstraße und wollte gerade die Kurve beim „Schwanen“ nehmen, als ihm ein anderes Automobil aus der Richtung Karlsruhe entgegenkam. Zwar konnte durch beiderseitiges rasches Ausweichen der bereits unvermeidlich gewordene Zusammenstoß verhindert werden, der aus Karlsruhe kommende Wagen jedoch geriet infolge der raschen Schwenkung auf dem vom Regen durchweichten Boden ins Gleiten und überkam an der Kreuzung der Kirchstraße die beiden Proll-

steine. Der Wagen wurde schwer beschädigt und die Insassen herausgeworfen. Der Chauffeur und der neben ihm sitzende Besitzer durchschlugen die vordere Glas-Schutzwand, blieben aber unverletzt, während die beiden andern, zwei Herren aus Frankfurt, in weitem Bogen auf die Straße geschleudert und nicht unbedenklich verletzt wurden. Der hiesige Arzt und ein Mitglied der Sanitätskolonne leisteten die erste Hilfe.

Die Automobilstrafe auf der Kaiserstraße war schon einmal Gegenstand einer Debatte im hiesigen Bürgerausschuß, da durch dieses Treiben in zunehmendem Maße Leben und Gesundheit der Bewohner bedroht wird. Damals wurde die Gemeindebehörde beauftragt, energische Maßnahmen zu ergreifen. Es wurde dann auch an jedem Ortseingang eine Warnungstafel aufgestellt. Damit war aber auch anscheinend das Eingreifen der Gemeindebehörde erschöpft. Von einer Kontrolle darüber, ob die aufgestellten Tafeln auch beachtet werden, hat man noch nichts bemerken können. Sechs Ortsstraßen kreuzen die Kaiserstraße oder münden in dieselbe ein. Da aber vorläufig auch noch Fuhrwerke, Radfahrer und Passanten ein Recht auf die Straße haben, war es sehr angebracht, wenn die Ortsbehörde künftig ein nachsames Auge auf die wohnsinnige Automobilfahrrerei hätte, um so mehr, da gegen die Staubentwicklung dort absolut nichts geschieht.

z. Wülfingen (Amt Bretten), 16. Juni. Einbruchdiebstahl. Neuerdings macht eine Diebesbande unsere Gegend unsicher. Bergangene Nacht wurde hier bei einem Kaufmann eingebrochen. Wie viel den Dieben in die Hände gefallen ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Auch in Untergrömbach wurde vergangene Woche in einem Schuhgeschäft auf dieselbe Art eingebrochen. Die Diebe brachen die Füllungen der Türen auf, schlüpfen ein und ergrazten ihre Beute.

Heidelberg, 16. Juni. Ein heftiges stundenlanges Gewitter zog heute nachmittag über Heidelberg. Der Blitz schlug hierbei zweimal in das städtische Elektrizitätswerk und zerstörte die Leitungen. In der Eppelheimer Straße schlug der Blitz an dem Hause des Architekten Schuhmacher in das Eckdächchen und traf eine Menge Ziegel vom Dach. In Kirchheim traf ein Blitzstrahl die große massive, neubarthe Scheune des Landwirts R. Kocher und zerstörte in 15 Minuten die Scheune samt Nebengebäuden und das daran anschließende Wohnhaus zur Hälfte ein. Menschen kamen bei dem Unwetter glücklicherweise nicht zu Schaden.

Mannheim, 16. Juni. Der Städtgitarbeiter R. Vertisch fiel von einem Schiffe in den Rhein und ertrank.

Rehl, 16. Juni. Der frühere Wirt des bekannten Gasthauses zum „Schwert“ ist verhaftet worden. Er soll in eine Wechselaffäre eines gewissen Wöhner alias Hans von Korb verwickelt sein.

Willingen, 16. Juni. In der Nähe der Viehhöfe bei Pfaffenweiler wurde die 17jährige Tochter des verstorbenen Waidhüters Simon von Pfaffenweiler von dem 46jährigen verheirateten Präfer R. H. Maier von Schwemningen überfallen und ihrer Handtasche beraubt. Der Täter konnte später verhaftet werden; er gab an, daß ihn der Hunger zu dem Ueberfall getrieben habe.

Aus der französischen Kammer.

Das Kabinett Viviani gebilligt.

Paris, 16. Juni. Nach lebhafter Debatte in der Deputiertenkammer wurde die folgende von Breton Treghnier und Genossen im Namen der Radikalen, der republikanischen Sozialisten und der übrigen linksrepublikanischen Gruppe eingebrachte Tagesordnung „Die Kammer spricht der Regierung das Vertrauen aus, in der Ueberzeugung, daß diese auf der Einheit der Republikaner beruhende Politik der Reform betätigt und sich auf eine ausschließlich republikanische Mehrheit stützen wird“ mit 370 gegen 137 Stimmen angenommen. (Lebhafte Beifall aus den Reihen der Republikaner.)

Paris, 16. Juni. Die Gruppe der Geeinigten Sozialisten hat sich entschlossen, gegen das Ministerium zu stimmen. Zuerst wurde beauftragt, die Regierung zu interpellieren. Die Gruppe der Linksrabikalen beschloß, für die Regierung zu stimmen.

Paris, 16. Juni. Die Majorität in der Kammer, welche heute die von der Regierung geforderte Vertrauensstagesordnung annahm, besteht aus der Gesamtheit der republikanischen Abgeordneten mit Ausnahme von Subert Geeinigten Sozialisten und 15 Geeinigten Radikalen. Die Mehrzahl der Abgeordneten der Rechtsparteien hat sich der Abstimmung enthalten.

Die Erklärung des Kabinetts Viviani.

Paris, 16. Juni. Ministerpräsident Viviani verlas die Ministererklärung, die von der Linken mit Beifall begrüßt wurde. Bei der Stelle über die auswärtige Politik erscholl mehr Beifall beim Zentrum als bei der Linken. Bei dem Absatz über das Dreijahresgesetz rief der Sozialist Bailliant unter dem Beifall der äußersten Linken: Nieder mit den drei Jahren! was vom Zentrum mit Lärm beantwortet wurde. Darauf erschollen Protestrufe von den Banken der Sozialisten. Der Sozialist Guesde rief: Hört auf das, was Ribot sagt, wozu die äußerste Linke lachte. Der Absatz über die lokale Anwendung des Dreijahresgesetzes wurde im Zentrum und von einem großen Teile der Linken mit Beifall begrüßt, während die Sozialisten mit schmähdenden Zurufen antworteten. Man rief: Augagneur, worauf dieser schwieg. Der Schluß der Ministererklärung wurde auf allen Banken mit Ausnahme der Sozialisten und einigen Abgeordneten der Rechten mit Beifall aufgenommen. Der geeinigte Radikale Thierry Cases ergriff das Wort zu einer Interpellation.

Paris, 16. Juni. Ministerpräsident Viviani erinnerte daran, daß das Militärgesetz angenommen worden sei, um auf die mächtige Anstrengung Frankreichs entgegenzutreten. (Beifall). Die mit dem Dreijahresgesetz zusammenhängenden Maßnahmen könnten nicht angetastet werden, solange andere Maßnahmen nicht befänden und erprobt seien. Es genüge nicht, die Gesetze, die eine Erleichterung der militärischen Lasten vorbereiten, zu beschließen oder anzunehmen. Der Ministerpräsident legte Gewicht darauf, mitzuteilen, daß falls er im Oktober 1915 noch die Macht in Händen habe, er den Jahrgang nicht entlassen werde. (Lebhafte Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Banken der Linken.)

Im Senat.

Paris, 16. Juni. Im Senat fand für die Verlesung der Ministererklärung durch den Justizminister und den Großhiegelbewahrer Bienenau-Martin eine kurze Sitzung statt. Die Stelle, in der der Wille ausgedrückt wird, ausschließlich mit den Republikanern zu regieren, wurde von der äußersten Linken durch Zurufe unterstrichen. Die

Stelle über das Dreijahresgesetz wurde unter tiefem Schweigen angehört, Clemenceau brachte seine Zustimmung zum Ausdruck, die Linke spendete Beifall, einige Vertreter der Rechten lachten ironisch.

Letzte Nachrichten.

Auch im Gefängnis wird geschmiert.

Frankfurt a. M., 16. Juni. Vor der hiesigen Strafkammer fanden heute als Angeklagte der Rechtsanwalt Karl F e h l und der Gefangenenaufseher S e l f e r i c h. F e h l gab selbst zu, dem S e l f r i c h vom Kreungsgeheimer Gefängnis kleinere Beträge, im ganzen etwa 130 M., dafür gegeben zu haben, daß er Untersuchungsgefangenen den Rechtsanwalt F e h l als Verteidiger empfahl. Die Sache kam zur Kenntnis der Behörden durch eine Anzeige des Bureauvorstehers von F e h l s Bruder, des Rechtsanwalts Otto F e h l. Vom Ehrengericht der Anwaltskammer wurden inzwischen beide Brüder, der eigentliche Urheber der Denunziation Otto F e h l sowohl, wie der Angeklagte Karl F e h l vom Anwaltsstande ausgeschlossen. Das Gericht erkannte gegen Karl wie gegen den Gefangenenaufseher S e l f r i c h auf Freisprechung, da sich die Behauptung der beiden Angeklagten, daß es sich nur um Trinkgelder gehandelt habe, nicht widerlegen ließ.

Die gefährdete Sittlichkeit in der Werkbundausstellung.

Köln, 16. Juni. Namens der katholischen Pfarre hat der Stadtdiakon Thiels den geschäftsführenden Vorsitzenden der Werkbundausstellung, Beigeordneten Kerst, in einer Eingabe um Entfernung gewisser Anstöße erregender Malereien und Skulpturen aus der Ausstellung gebeten. In dem Schreiben heißt es, in den Malereien und den Skulpturen, die dem ästhetischen Gefühl Hohn sprechen und das sittliche Empfinden tief verletzen, könne dem Zweck, die Allgemeinheit für das Schöne, Gute und Edle zu begeistern nicht gebient werden.

Zur Staatsaktion gegen den Genossen Liebknecht.

Berlin, 16. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat heute entsprechend dem Antrag seiner Geschäftsordnungs-Kommission den Antrag Braun und Genossen auf Einstellung des gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht wegen Verleumdung des russischen Zaren vor dem Ehrengerichtshof der Leipziger Rechtsanwaltschaft schwebenden Disziplinarverfahrens gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt.

Landtagschluß.

Berlin, 16. Juni. Die beiden Häuser des Landtages wurden heute durch Kgl. Verordnung bis zum 10. November vertagt.

Kammerwahlen in Luxemburg.

Luxemburg, 16. Juni. Heute fanden die Stichwahlen zur Kammer statt, bei denen 14 Liberale und die sozialistischen Kandidaten gegen die Kandidaten der Rechten siegten. Die neue Kammer setzt sich danach zusammen aus 23 Liberalen, bisher 22, 6 Sozialisten, bisher 5, 4 Unabhängigen, bisher 1 und 19 Mitglieder der Rechten, bisher 19.

Die Rheinregulierung im Bundesrat.

Bern, 16. Juni. Im Bundesrat erklärte das Bundesratsmitglied Calonder namens des Bundesrats, daß dieser der Rheinischfahrt die größte Aufmerksamkeit zuwenden werde. Hier seien die Verhältnisse am meisten geklärt und infolge der Haltung Vadens dränge die Frage zu einer raschen Entscheidung. Das Ziel sei freie Zufahrt vom Bodensee—Basel nach der Nordsee und alsdann vom Genfer See nach dem Mittelmeer.

Die rumänischen Senatswahlen.

Bukarest, 17. Juni. Nach dem endgültigen Ergebnis der Senatswahlen für die konstituierende Versammlung sind gewählt worden: 81 Liberale, 22 Konserbative, 12 konserbative Demokraten und 3 Unabhängige.

Staatliche Hilfskassa.

Petersburg, 16. Juni. Die Reichsduma bewilligte für die Expedition zur Nachforschung nach den verschundenen Polarforschern Sjedas Bessilow und Russane 480 000 Rubel.

Drohender neuer Eisenbahnerausstand in Italien.

Mailand, 16. Juni. Eine Versammlung von 3000 Eisenbahnern in Bologna beschloß die energische Fortführung des Ausstandes und erklärte das in Ancona residierende Nationale Eisenbahnerkomitee für abgesetzt und ernannte ein neues Komitee. Dieses erließ einen Aufruf an alle Eisenbahner Italiens, in dem diese zur Fortführung des Ausstandes aufgefordert werden.

Vereinsanzeiger.

Weingarten. (Arbeitergesangverein „Vorwärts“.) Diejenigen passiven Mitglieder, welche sich am dem Sonntag, 21. d. M., stattfindenden Stiftungsfest (verbunden mit Fahnenweihe) des Ettlinger Arbeitergesangvereins beteiligen wollen, werden ersucht, bis längstens Donnerstagabend sich beim Vorstand oder bei den Herren Sängern anzumelden zwecks Bestellung der Festbücher. 1905

Buchhandlung Volksfreund

Wir empfehlen: Reisekarten, Touristenkarten 3 Mark, Wanderkarten von Karlsruhe und Umgebung 60 Pf. und 120 M., Schwarzwaldführer von Busfomer, neueste Auflage 2 M., Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter 1,50 M.

Wasserstand des Rheins.

17. Juni.
Schäferinsel 3.40 m, gest. 67 cm, Rehl 3.58 m, gest. 10 cm, Maxau 5.38 m, gest. 0 cm, Mannheim 5.23 m, gest. 1 cm.

Zum Quartalswechsel.

müssen unsere Filialinhaber, welche die Zeitung durch Postüberweisung im Band, also nicht im geschlossenen Paket erhalten, die Meldung der Abonnentenzahl (nur zahlende Abonnenten) für Juli spätestens bis Dienstag, den 23. d. Mts. uns zu kommen lassen, sonst tritt eine Verzögerung in der Zustellung ein.

Expedition des „Volksfreund“.

Die Expeditionen der Zeitung sind durch die Filialinhaber zu übernehmen.

Statt jeder besonderen Anzeige.
Todes-Anzeige.
 Montag Abend 6 Uhr verschied sanft nach kurzem, schmerzlichem Leiden meine liebe Gattin, unsere teure Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin
Anna Hecker
 geb. Köhler
 im Alter von 27 Jahren. 1898
 Karlsruhe den 16. Juni 1914.
 Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Karl Hecker nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet Donnerstag den 18. Juni vormittags 11 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Trauerhaus: Markgrafenstraße 11.

Todes-Anzeige.
 Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater, Onkel und Schwager
Johann Letterer
 gestern Morgen 10 Uhr nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 65 Jahren sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet Donnerstag den 18. Juni abends 6 Uhr auf dem Mühlburger Friedhof statt. Um stille Teilnahme bitten.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Karlsruhe-Mühlburg, 17. Juni 1914.
 Lindenplatz 2.

Interims-Sommer-Theater
 Teleph. 921. Städtische Festhalle. Teleph. 921.
 Samstag, den 20. Juni 1914, 8 1/2 Uhr abends:

Eröffnungs-Vorstellung
 Robitakt! **„Der lachende Chemann.“** Robitakt!
 Operette in 3 Akten von Edm. Chasler.
 Vorbestellungen auf Eintrittskarten werden schon jetzt in der Kasse des Sommer-Theaters und bei H. Kunz Nachf., Kurt Reusfeldt, Hofmusikalienhandlung, Kaiserstr. 114, Telephon 1850, entgegengenommen.
 1703
 Eintrittskarten mit 5 Karten zu 50, 30 und 20 Pfg., welche mit 1,25 Mk., 0,75 Mk. und 0,50 Mk. an der Kasse in Zahlung genommen werden, sind im Odeonhaus, Kaiserstr. 187, Teleph. 339 und in der Thea. erlangt (Festhalle), Telephon 921, erhältlich.
 Tages-Vorverkauf täglich an der Kasse des Sommer-Theaters, Telephon 921, von 11-1 Uhr und bei H. Kunz Nachf., Kurt Reusfeldt, Hofmusikalienhandlung, Kaiserstr. 114, Teleph. 1850.

Fundgegenstände.
Straßenbahn.
 Heber Pfingsten und während der Messe sind 130 Gegenstände, darunter 40 Damen- und Herrenhüte, 22 Spazierstöcke, 5 Handtaschen, 14 Geldbeutel mit und ohne Inhalt, 1 Monatskarte in den Straßenbahnwagen liegen geblieben. Seit 1. April d. J. haben sich rund 500 Gegenstände bei unserem Fundbüro, Fallstraße 71 (Oststadt), angesammelt.
 Die Verlierer werden ersucht, ihre Rechte alsbald geltend zu machen.
 Karlsruhe den 16. Juni 1914. 1696

Städtisches Straßenbahnamt.

Gewerkschaftskartell
Karlsruhe
 Am Donnerstag, den 18. Juni, abends halb 9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale
Vertreter-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Innere Angelegenheiten.
 2. Berichterstattung von der Konferenz der Gewerkschaftsleiter des Abends.
 Es wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen der Vertreter ersucht. 1887
 Die Kartellkommission.

Möbel
 aller Art kaufen Sie am billigsten in enormer Auswahl bei
Jos. Kirmann,
 Herrenstraße 40. 8100
 Lager in 5 Stockwerken.
 NB. Ansicht ohne Kaufzwang.

Wilh. Eckert,
 Uhrmacher, Marienstr. 20,
 neb. dem Apollo-Theater
 empfiehlt sein Lager in 1
Taschen- u. Wanduhren.
 Billige Reparatur-Werk-
 stätte, Trauringe, 8 u.
 14 Kar. gestempelt, das Paar
 v. 12-27. Writen u. Zwicker.
 Junge Familie mit einem Kinde
 sucht eine 2 Zimmerwohnung,
 in der Mittelstadt auf 1. Oktober,
 4. od. 5. Stock nicht ausgeschlossen.
 Zu erfragen in der Expedition
 des Blattes. 1697

Pfannkuch & Co
 Heute eingetroffen
Frische Kirschen
 ausgesuchte Ware
 Pfd. 20 Pfg.
Frische 1886 Ananas- Erdbeeren
 Pfd. 30 Pfg.
Pfannkuch & Co
 G. m. b. H.
 in den bekanntesten Verkaufsstellen

Klausenstraße 21, G. H., ist ein möbliertes Zimmer zu vermieten.

Sport-Anzüge
 imprägniert und wasserdicht
 Marke: **Ruhstein** . . . Mk. 22.—
 Marke: **Plättig** Mk. 28.—
 Marke: **Sand** Mk. 34.—
 Marke: **Feldberg** Mk. 42.—
 Marke: **Belchen** Mk. 45.—
 Sämtliche Marken mit langen und Manschetten-Hosen

Chic, solid und billig, ist das Geheimnis unserer Konfektion.



Marke **DURO**
 ist in bezug auf Waschechtheit das bewährteste Fabrikat in Knaben-Wasch-Anzügen.

Wasch-Westen u. Wasch-Gürtel
 von 95 Pfg. bis Mk. 12.—

Lüster-Sacco in schwarz und blau in grosser Auswahl von Mk. 3.— bis Mk. 26.—

Lüster-Anzüge waschecht und kniefrei Mk. 24.— 22.— 18.— 17.50.

Spezialhaus für moderne Herren- und Knaben-Bekleidung
Mees & Löwe Karlsruhe
 1700 46 Kaiserstraße 46.

Sacco-Anzüge
 I- und II-reihig
 Marke: **Berlin** Mk. 22.50
 Marke: **Wien** Mk. 32.50
 eigene Anfertigung.
 Marke **Rom** Mk. 42.50
 eigene Anfertigung.
 Marke **London** Mk. 48.50
 Marke **Paris** Mk. 54.50

Sport-Strümpfe, -Stulpen, -Hemden und -Kragen.

Grosse Auswahl in **HOSEN**
 3, 4, 5, 6, 7, 8 bis 22 Mk.
 Grosser **Knaben-Hosen** Posten von Mk. 1.— an.

Arbeitergesangverein „Eintracht“ Ettlingen
 Gegr. 1904.
 Zur Feier des
10. Stiftungsfestes
 verbunden mit
Fahnenweihe
 am 20., 21. und 22. Juni 1914 in der „Städt. Festhalle“.
Fest-Programm:
 Samstag, den 20. Juni, abends 1/2 9 Uhr: Bankett in der „Städtischen Festhalle“.
 Sonntag, den 21. Juni, morgens 6 Uhr: Tagrevue; 11 Uhr: Festakt in der Festhalle; von 11 Uhr ab Empfang der auswärtigen Vereine; 1/2 3 Uhr: Festzug; von 3 Uhr ab: Konzert der auswärtigen Vereine in der Festhalle (während desselben finden zwei Gartenkonzerte statt, im Gasthaus zur „Sonne“ und im „Grünen Winkel“); abends 8 Uhr: Ball in der Städt. Festhalle.
 Montag, den 22. Juni, morgens 10 Uhr: Frühschoppen-Konzert auf dem Vogelsang; nachmittags von 4 Uhr ab: Volksbelustigung im Sonnengarten.
 Festbücher, welche zu sämtlichen Veranstaltungen berechtigen, sind zu haben in den Zigarrengeschäften: P. Rees, Martin Schuler und Hermine Reck. Vorverkauf 80 Pfg., an der Kasse 1 Mk.
 Hierzu laden wir die Einwohnerschaft von Ettlingen, sowie die Partei- und Gewerkschaftsgenossen unserer Umgebung freundlichst ein.
 1704 **Der Festausschuss.**

Möbelindustrie Durmersheim.
Anton Bauer,
 Möbelschreinerei mit Maschinenbetrieb u. Lager
 Friedrichstraße 291, nächst Staats- und Lokalbahnhof
V. Schorpp,
 Polsterer u. Dekorateur. Poststraße 279
 unterhalten zur gefälligen Besichtigung ihrer neuesten, nur selbstverfertigten Einrichtungen, ein gemeinschaftliches Ausstellungslokal, Poststraße 279, beim Staatsbahnhof. Dretter Einkauf der Rohmaterialien, persönliche Mitarbeit, geringe Geschäftskosten, ermöglichen uns, nur solid gearbeitete Möbel zu niedrigen Preisen zu liefern. Jahrelange gemeinschaftlich gute Bedienung haben uns einen großen, empfehlenden Kundenteils aus allen Ständen gebracht, und stehen uns diesbezügliche Referenzen gerne zur Verfügung.
 Lieferung frei Wohnung 578

Zu verkaufen: Komplettes schönes Bett 40 A., schönes Sofa 16 A., großer, fast neuer Schrank 23 A., schöner Sekretär, Tisch, Stühle, fast neuer Kleiderschrank, Herd, Tisch, alles sehr billig. 1000
 Uhlandstraße 12, im Laden.
Verkaufe fortwährend gut erhält. Herren- und Frauen-Kleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkst. 3970
Frau Streckfuß Durckader-Strasse 79.

Ein Schrank, eine Bettstatt mit Stoff umständlicher zu vert. Schützenstr. 67, 3. Stock links.

„Palast-Lichtspiele“
 Herrenstrasse Nr. 11
 Schönstes, modernst. Lichtspieltheater am Platze.
 Luftiger, 10 Meter hoher Theater-Saal.
Neuer Spielplan
 von Mittwoch, den 17. bis 19. Juni ds. Js.
Première
Nur aus Liebe.
 Grosses Filmschauspiel in 3 Teilen, nach Ludw. Biro.
 Inszeniert von Ladislav v. Beöthy und F. Vanhyl.
 Dargestellt von Herr Desidor Patros Eugen Törzs „Michael Papp“ Ladislav Z. Molnar Sigmund Gere Fr. Therese Nagy.
„Moritzens Flirt“.
 Brillante kleine Komödie von E. Lüne. Gespielt von M. Prince.
„Wohin der Hass führt“
 Ergreifendes Drama in zwei Akten.
Ausserdem
 4 erstklass. Neuheiten.
 Zu gef. Besuch ladet ergebenst ein 1705
Die Direktion:
 Fr. Schulten.

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.
Frauensektion.
 Am Donnerstag, den 18. Juni, abends halb 9 Uhr,
 findet in der „Gambirudshalle“, Erbprinzenstraße,
General-Versammlung
 statt mit folgender Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht. 1681
 2. Neuwahl des Vorstandes.
 3. Vortrag des Landtagsabg. Genossen Kolb über:
Marg Lehren.
 Am zahlreichen Besuch werden die Genossinnen gebeten.
 Die Sektionsleitung.

Wannkuch & Co

Zur Einmachzeit

Zucker am Out Pfd. 21 1/2 Pfg. Bei 5 Pfd. 22 Pfg.	Nordhäuser 37% garantiert echter, in Nordhausen hergest. Liter 1.10 offen Bei 3 Lit. 1.05 bei 5 Lit. 1.—
Crystall bei 5 Pfd. 21 Pfg. bei 100 Pfd. 20.75 b. Orig. 41.25 Sad	Anfeg- Branntwein 32% (darf laut Gesetz nur von 2 Liter an verab- folgt werden). Liter 80 Pfg. offen Bei 5 Liter 75 Literflaschen werden zu 15 Pfg. berechnet und ebenso zurückgenommen.
Randiszucker Pfund 36 Pfg. Bei 3 Pfd. 34 Pfg.	Wein-Essig Liter 28 Pfg. Bei 5 Liter 26 Pfg.
Sämtl. Gewürze in freier Ware. Zum Verschluß der Gläser: Pergament- Papier mit Salizyl imprägniert Kolle 18 Pfg.	Salizyl.

Besonders empfohlen:
Monopol-Einmachessig
 pasteurisiert — keimfrei.
 Nur verschlossen in Flaschen von 1 Liter und Korb-
 flaschen von 5 Liter an.
 Preis per Liter **30** Pfg.
 — Einmachanweisungen gratis. —
Citrovin-Speise-Essig
 Liter **55** Pfg.
 Die Literflaschen werden mit 15 Pfg. berechnet
 und ebenso zurückgenommen. 1601

Wannkuch & Co
 in den bekanntesten Verkaufsstellen

Die sparsame Hausfrau
 verwendet zum kochen, braten und backen nur noch unser
la. Kunst-Speise-Fett
 In allen Filialen erhältlich das Pfund zu **65 Pfg.**
 5 Pfd.-Dose per Pfund **60 Pfg.**; 10 Pfd.-Eimer per Pfund
58 Pfg.; 20 oder 40 Pfund-Eimer per Pfund **56 Pfg.**
 — Grosser Versand nach auswärts. — 1617
Gebrüder Hensel, Kolliertanten, Karlsruhe i. B.

Druckarbeiten aller Art liefert schnell und billig
 Buchdruckerei Volksfreund.

Total-Ausverkauf
 der Manufakturwaren wegen Aufgabe der Artikel.

Die Waren, die im Preise nicht besonders
 :: herabgesetzt sind, von jetzt ab mit ::

33 1/3 % Rabatt

Es sind noch vorhanden: 1685

Woll. Kleiderstoffe, Hauskleiderstoffe, Stickereistoffe, Kleidersante
 in allen Farben, Wollmousseline, weiss und farbige Waschstoffe,
 Bettbezugstoffe, Bettbarchente, Rolleaux-Cöper, Marquisenstoffe,
 breite Gardinen, abgepasst und am Stück, Handtuchstoffe, Hemden-
 Flanelle, Unterrockstoffe, Biber, Molton, farbige Tischzeuge, Möbel-
 kattune, weiss und farbige Damen-Hosen, Frauen- u. Männerhemden,
 weiss und farbige Kinderhemden und Hosen, Erstlingswäsche,
 Schlafdecken, Tischdecken, farbige und schwarze Kinderschürzen,
 Biberbettücher, Läuferstoffe, Bettfedern Pfund 1.—, statt 2.50.

M. Schneider
 Ludwigsplatz Erbprinzenstr. 31.

**Lebensbedürfnis-
Verein Karlsruhe**
 E. G. m. b. H.

Den verehrlichen Mitglie-
 dern zur gefl. Kenntnis-
 nahme, daß die neuen

**Kohlen- u. Holz-
Preislisten**

in unserem Kontor, sowie in
 sämtlichen Verkaufsstellen
 zur Empfangnahme auf-
 liegen. 1640

Der Vorstand.

Stadt
 Arbeitsamt
Gesucht
 für sofort und 1. Juli:
 Herrschaftsdiensten für hier
 und auswärts,
 Mädchen für alle Hausarbeit
 und zum Anlernen, 1678
 Zimmermädchen.
Städtisches Arbeitsamt
 (weibl. Arbeitsnachweis)
 Jähringerstr. 100. Tel. 94P.
Friseur-Gehilfe gesucht
 Stelle für Auslöse 10 Mark.
 1689 Durlacherstraße 105.
 Wegen vorgerückter Saison
 werden sämtliche
Restbestände
 in besseren
**Herren-Kleider-
stoffen** 1545
 enorm billig abgegeben.
 Sehr lohnend f. Wiederverkäufer.
 Kaiserstraße 133, 1. Treppe
 hoch
 Ecke Kaiser- und Kreuzstraße.

**Verpachtung
eines Mühlenanwesens**
 Das der Stadtgemeinde Karlsru-
 ruhe (Waden) gehörende, an der
 Alb bei Durlach an der liegende
 Appenmühl-Anwesen soll auf 1.
 Oktober ds. Js. öffentlich ver-
 pachtet werden.
 Es besteht aus:
 a. einem Wohnhaus mit Mahl-
 und Sägemühle mit Wasser-
 rad- und Turbinenanlage;
 b. einem Wirtschaftsgelände
 mit Garten und Hühnerweier;
 c. aus rund 88 000 qm Garten,
 Acker- und Wiesengelände.
 Für das unter b. aufgeführte
 Teilanwesen wird getrennte Ver-
 pachtung vorbehalten.
 Pächterwollen ihren An-
 gebot schriftlich, portofrei, ver-
 schlossen und mit entsprechender
 Aufschrift längstens
Mittwoch, den 8. Juni d. J.
vormittags 10 Uhr
 bei der unterzeichneten Amtsstelle
 einreichen, bei der auch die Pacht-
 bedingungen eingesehen werden
 können und die nähere Auskunft
 erteilt wird. 1691
 Karlsruhe, den 15. Juni 1914.
Städtisches Tiefbauamt.

Zimmer zu vermieten.
 Schön möbliert. Zimmer in
 freier luftiger Lage sofort oder
 später zu vermieten.
 Kärcherstraße 57, 2. Stod.

In Rintheim wird von Klei-
 ner Familie
 eine Wohnung mit einem eb-
 enen Zimmer und Zubehör ge-
 sucht. Off. unt. J. M. an die
 Expedition des „Volksfreund“.

Pferde-Versteigerung.
 Freitag den 26. Juni d. J.,
 vormittags 10 Uhr beginnend,
 werden im Gaswert 1, Kaiser-
 allee 11:
 2 Chaispferde braune
 Stuten),
 1 Chaispferd-Geschirr, zwei-
 spännig, verplattiert,
 1 Karrenwagen,
 1 Eisen-Geschirr, ein-
 spännig,
 Pferde- u. Geschirrtelle,
 Stallgeräte,
 öffentlich versteigert.
 Die Versteigerungsgegenstände
 können von Interessenten jeder-
 zeit besichtigt werden.
 Karlsruhe den 18. Juni 1914.
**Städt. Gas-, Wasser- und
 Elektrizitätswerke.**

Schönes Bett mit Federbett
 25 u. 32 M., 1 engl. Bett mit
 3teil Matr., pol. Schrank 25 M.,
 Truenaug 15 M., Kommoden
 von 12 M. an, Küchenschrank,
 Ludwigs-Wilhelmstr. 18, Hof.

**Steckenpferd-
Seife**
 die beste Lilienmilch-
 Seife für zarte, weiche Haut und blen-
 dend schönen Teint Stück 50 Pfg.
 Ferner mod. „Dada-Cream“
 rote und iprode Haut weiß und
 samtschweich. Tube 50 Pfg. bei
 C. Roth, Hofdr., Herrenstr. 26/28
 W. Tscherning, Amalienstr. 19
 Wilhelm Baum, Werderstr. 27
 H. Biehler, Kaiserstrasse 228,
 J. Dehn Nachf., Jähringerstr.,
 Otto Fischer, Karlstrasse 74;
 H. Reichard, Engeldrog., Werderplatz 4;
 in allen Apotheken;
 in Grünwinkel: H. Selger-Sinner,
 in Mühlburg: Max Strauss,
 in Durlach: August Peter.

Residenz-Theater
 Waldstraße 30
 sowie
 Schillerstraße 22
 Mittwoch, 17.
 bis inkl. Freitag,
 19. Juni 1914:

Programm:
**Luny renoviert seine
Wohnung**
 — Humoreske. —
Gaumont-Woche
 Aktuell.
 Ein tragischer Fischzug
 sehr schön kolor. Drama.
Wem gehört das Schwein
 Komisch.
Moskau und Tiflis
 Sehr interessante Natur-
 aufnahme.
**Napoleons Gefangen-
schaft auf St. Helena**
 in 2 Akten.
Das Luft-Torpedo
 Sensationsschauspiel in
 3 Akten:
 Suzanne Grandies i. d. H.

Zu Folge jeden Abend
 ausverkauften Hauses
 findet dieses wunder-
 bare Kinoschauspiel
 noch diese Woche Pro-
 longation:

**Der Kampf
ums Leben**
 Kinoschauspiel in vier
 Teilen.
Musik-Folge:
 Fantasie a. d. Oper
 Die Meistersinger von
 Nürnberg von Wagner,
 Fantasie a. d. Oper
 Die Jüdin v. F. Halevy,
 Loreley Paraphrase
 von Nervadba.

Voranzeige:
 Wiederum ein von der
 Presse als ganz ausge-
 zeichn. Leistung befundene
Première-Aufführung
 aus der Pathé Frères & Co.
 Berlin Serie 1701
**Die Frau aus
dem Volke.**
 nach dem Drama von
 Damery und Maillan.

**Henkel's
Bleich-Soda**
 für alle
 Küchengeräte

HERDE

in Email und schwarz lackiert,
 erstkl. Fabrikate. Billige Preise.
 Teilzahlung gestattet.

A. Schwinn, Steinstraße 25
 Teleph. 3573 am Stadelplatz.

Adler-Herrenrad m. Torp-
 edel, für 43 Mark zu ver-
 kaufen. Fr. Sauer, Kirch-
 straße 25, 3. St. 1694